

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 7, 2026

1. Niedersachsen

1.1. Universität Osnabrück: Bülent Uçar: Mehrheit der Muslime lehnt Homosexualität ab

Der Direktor des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, Bülent Uçar, geht nicht davon aus, dass die muslimische Gemeinschaft in Deutschland ihre Haltung zur Homosexualität überdenken wird.

Das sagte Uçar dem Evangelischen Pressedienst (epd) nach dem islamistisch begründeten Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin. Ein 21-jähriger Anhänger des „Islamischen Staates“ war während des Umzugs mit einem Transporter in die Menschenmenge gefahren und hatte anschließend wahllos mit einer Machete um sich geschlagen. Eine Frau wurde bei dem Anschlag getötet, mehr als 30 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der polizeibekannte Täter wurde wenig später von der Polizei erschossen ([mehr](#)).

Uçar sagte dem epd, die meisten Muslime lehnten Homosexualität klar ab. Das entspreche der Mehrheitsposition in allen größeren islamischen Strömungen. Maßgebend dafür seien insbesondere Überlieferungen aus den Aussprüchen des Propheten Muhammad (Hadithe). Aus seiner Sicht müssten diese Überlieferungen aus ihrer Zeit heraus verstanden und historisch-kritisch eingeordnet werden. Eine tolerante Haltung zu sexuellen Minderheiten lasse sich theologisch gut begründen, wenn man andere, „überzeitliche“ Stellen im Koran stärker gewichte, etwa Sure 5, Vers 32 („Wenn einer jemanden tötet, jedoch nicht wegen eines Mordes oder weil er auf der Erde Unheil stiftet, so ist es, als hätte er die Menschen alle getötet. Und wenn jemand ihn am Leben erhält, so ist es, als hätte er die Menschen alle am Leben erhalten“).

Derzeit gebe es nur wenige Theologen, die eine solche Neuinterpretation wagten, so Uçar weiter. Diese Auseinandersetzung müsse aber stattfinden. Anderenfalls wirkten Stellungnahmen, wonach „der Islam“ mit islamistischen Anschlägen wie in Berlin nichts zu tun habe, wie Lippenbekenntnisse. Weiterer gesellschaftlicher Druck helfe auf diesem Weg nicht. Die muslimische Community müsse derzeit ohnehin viel Kritik einstecken. „Uns ist nicht geholfen, wenn wir die Gemeinden marginalisieren. Das führt lediglich zur Selbstabschottung und Diskursverweigerung“, so Uçar ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

- Mouhanad Khorchide: Muslime müssen jüdisches Leben schützen ([mehr](#))
- Michael Fürst, langjähriger Präsident des Landesverbands Jüdischer Gemeinden von Niedersachsen, mit der niedersächsischen Landesmedaille geehrt ([mehr](#))
- Universität Osnabrück: Michael Kiefer mit Marwa-El-Sherbini-Preis ausgezeichnet ([mehr](#))
- Bundesverwaltungsgericht verhandelt über 2024 ausgesprochenes Verbot des Vereins „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft“ in Braunschweig ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Penzberg: Hinweisschild auf das Freitagsgebet am Ortseingang

In der oberbayerischen Stadt Penzberg weist erstmals ein Schild am Ortseingang nicht nur auf die Gottesdienstzeiten der katholischen und evangelischen Kirchen hin, sondern auch auf das muslimische Freitagsgebet.

Nach Angaben des Imams Benjamin Idriz ist Penzberg „sehr wahrscheinlich“ der bundesweit erste Ort, an dem ein solches Schild aufgestellt wurde. Die Idee entstand gemeinsam mit Vertretern der Religionsgemeinschaften und der Stadt. Bürgermeister Thomas Kopf („Penzberg Miteinander“) sagte dazu, das sei vor allem eins: „Typisch Penzberg“.

Eigentlich habe man nur die alten, verblichenen Hinweisschilder ersetzen wollen, so Kopf weiter. Im Gespräch mit den katholischen und evangelischen Pfarrern sowie dem Imam sei dann jedoch der Vorschlag entstanden, auch das muslimische Freitagsgebet aufzunehmen. In Penzberg „leben Menschen aus vielen Nationen, und dementsprechend kommen auch viele Kulturen zusammen. Die Glaubensgemeinschaften praktizieren ein gepflegtes Miteinander. Deshalb war das aus meiner Sicht keine große Sache“, so der Bürgermeister. Auch die Pfarrer sprechen von einer Selbstverständlichkeit. Es sei für sie „keine Frage“ gewesen, den Hinweis auf das Freitagsgebet aufzunehmen, so der katholische Pfarrer Bernhard Holz.

Imam Idriz sieht das Schild vor allem als Einladung. Das Freitagsgebet und die Predigt fänden auf Deutsch statt und stünden allen Interessierten offen. Das neue Schild sei für ihn „ein Zeichen der Wertschätzung, der Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften und der gelebten Religionsfreiheit“. Gerade in einer Zeit, in der Vorurteile, Hass und Polarisierung zunähmen, sende ein solches Zeichen

die Botschaft, „dass Menschen unterschiedlichen Glaubens selbstverständlich zu unserer Gesellschaft gehören und einander mit Respekt begegnen“. Gerade Menschen mit Vorbehalten wolle man ermutigen, die Moschee kennenzulernen. Begegnungen bauten Ängste besser ab als Debatten.

In den Sozialen Medien wurde das neue Schild kontrovers diskutiert. Viele begrüßten es als Zeichen eines respektvollen Miteinanders. Andere kommentierten es muslimfeindlich. Kurze Zeit nach seiner Aufstellung wurde das Schild mit Farbe beschmiert ([mehr](#)). Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte dazu, das sei inakzeptabel. „Die religiöse Vielfalt gehört zu Bayern. Sie ist Ausdruck der Freiheit und des demokratischen Selbstverständnisses unseres Landes. Diese Werte zu schützen und zu stärken, ist unsere gemeinsame Verantwortung“ ([mehr](#)).

Unterdessen konnte die Polizei einen Täter identifizieren. „Ein 23-jähriger deutsch-serbischer Staatsangehöriger“ habe das Schild nachts um 1 Uhr besprüht. Er sei auf frischer Tat erwischt und „nach kurzer Fluchtfahrt mit seinem Pedelec von den Beamten zu Boden gebracht und vorläufig festgenommen“ worden, teilte die bayerische Polizei mit ([mehr](#)).

2.2. Türkei: Behörden gehen mit großer Operation gegen „Süleymanlılar“ vor

Die türkischen Behörden sind mit einer groß angelegten Operation gegen die religiöse Gruppe der sogenannten „Süleymanlılar“ vorgegangen. In Deutschland ist die Gruppe seit 1973 unter dem Namen „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) aktiv. Der Verband hat seinen Sitz in Köln. Ihm gehören neun Landesverbände mit rund 300 Moschee- und Bildungsvereinen an (vgl. zuletzt Mitteilungen 9/2025, S. 2–3; 10/2025, S. 1).

Nach Presseberichten wurden in 17 türkischen Provinzen Durchsuchungen vorgenommen. Mindestens 30 Personen seien festgenommen worden. Unter ihnen sei der Anführer des religiösen Ordens der Süleymanlılar, Alihan Kuriş. Darüber hinaus seien Vermögenswerte beschlagnahmt worden.

Nach Angaben der Behörden richten sich die Ermittlungen gegen die mutmaßlich „kriminelle Vereinigung Alihan Kuriş“. Es gehe vor allem um finanzielle Aktivitäten von Unternehmen, die mit den Verdächtigen in Verbindung stünden ([mehr](#)).

Darüber hinaus wird nach den Berichten wegen Mordes gegen Kuriş ermittelt. Es gehe dabei um den Verdacht, der ehemalige Anführer der Süleymanlılar, Arif Ahmet Denizolgun, sei im September 2016 keines natürlichen Todes gestorben. Vielmehr hätten sein Neffe Alihan Kuriş und andere Verdächtige ihn womöglich umgebracht ([mehr](#)).

2.3. Was sonst noch war

– England: König Charles verzichtet auf den Titel „Verteidiger des Glaubens“ (Supreme Governor of the Church of England and Defender of the Faith) und nennt sich stattdessen „Beschützer für den Raum für Glauben in der multireligiösen Nation“ („Supreme Governor of the Church of England and protects the space for Faith within the multi-faith nation“) ([mehr](#))

– Frankreich: Gericht kippt Burkini-Verbot an Côte d’Azur-Strand ([mehr](#)).

3. Veranstaltungen

Was hält die postmigrantische Gesellschaft zusammen?

Perspektiven auf Zugehörigkeit, Teilhabe und Demokratie

7.–8. Dezember 2026, Evangelische Akademie Loccum

Veranstalter: Ev. Akademie Loccum, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (Evangelische Agentur)

Leitung: Jordanka Telbizova-Sack, Wolfgang Reinbold

Referent:innen: Erol Yildiz, Hendrik Simon, Matthias Schulze-Böing, Werner Hülsmann, Eter Hachmann, Ali Ertan Toprak, Ayten Kılıçarslan, Barbara Hartung, Kai Unzicker, Björn Thümler, Peter Unfried, Claire Schaub-Moore, Aladdin Beiersdorf-El Schallah, Elorm Nick Ahialey-Mawusi, Ali Doğan, Dennis Chiponda, Engin Karahan, Jürgen Manemann ([mehr](#)).

4. Meinungsforschung

Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2025: Mehr Niedersachsen sehen sich als „rechts“

In Niedersachsen schätzen sich mehr Menschen als politisch „rechts“ ein als in den vergangenen Jahren. Das ist eines der Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratie-Monitors, der alle zwei Jahre von einer an der Universität Göttingen angesiedelten Forschungs- und Dokumentationsstelle erstellt wird.

Der Studie zufolge stieg der Anteil der Niedersachsen, die sich selbst als „sehr rechts“ verorten, zwischen 2023 und 2025 von 1 auf 5 Prozent. Weitere 19 Prozent sehen sich als „eher rechts“. Die Selbsteinschätzung in der Mitte ging erneut leicht zurück, von 49 auf 45 Prozent. Der Anteil der Menschen, die sich als „sehr links“ sehen, sank leicht von 6 auf 5 Prozent. Für „eher links“ halten sich 27 Prozent.

Weitere Ergebnisse:

- Ältere Menschen verorten sich häufiger in der Mitte als jüngere.
- Frauen tendieren deutlich häufiger nach links, Männer nach rechts. Insbesondere bei den unter 40-Jährigen tritt dieser Unterschied zutage.
- Die Demokratie als Staatsform findet mit 93 Prozent eine überwältigende Zustimmung.
- Zugleich ist die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland weiter gewachsen, von 14 Prozent im Jahr 2019 auf 30 Prozent 2025.
- Undemokratische Optionen erhalten teils hohe Zustimmung. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass Deutschland eine einzige starke Partei brauche. 30 Prozent befürworteten, von einer starken Führungspersönlichkeit ohne parlamentarische Kontrolle regiert zu werden. Offene Unterstützung für eine Diktatur gaben 10 Prozent zu erkennen.

„Die Demokratie als Staatsform bleibt in Niedersachsen breit anerkannt. Aber politische Akteure, die politische Mitte und die Mechanismen demokratischer Integration verlieren zunehmend an Bindekraft“, sagte der Direktor des Instituts für Demokratieforschung, Simon Franzmann. Das sei die zentrale Herausforderung für die Demokratie.

Befragt wurden 1.498 Niedersachsen ab 16 Jahren in Telefoninterviews. Die Erhebung fand von August bis Oktober 2025 statt. Den Niedersächsischen Demokratie-Monitor gibt es seit 2019. Er wird vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium finanziert ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

O. Kamil, Muslimischer Antisemitismus. Woher er kommt, wie er wirkt und was wir tun können, München 2026.

Hannover, den 7.9.2026

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.